Arbeiten erst am 16. Februar wieder aufnehme, statt, wie bisher bestimmt war, am 3. Februar, weil mehrere Minister sich an die Unglücksstätten begeben müßten. Dieser Vorschlag wurde angenommen und die Sitzung dann geschlossen.

# Deutsches Reich.

Leipzig, 11. Januar.

* **Eine aufschenerregende Mitteilung** geht uns vom Abg. Dr. Zöpdel-Leipzig im Hinblick auf die Verhandlungen der Zweiten Kammer über die Petition der Firma Eismann & Stockmann in Colditz zu. Diese Firma hatte wegen Verweigerung der Erlaubnis zur Errichtung einer Ziegelei auf ihrem Areal durch die Kreishauptmannschaft Leipzig die Entscheidung des Landtags angerufen. Die Erste Kammer hatte die Petition der Firma auf sich beruhen lassen; auf Antrag der Petitions- und Beschwerdedeputation sollte am Freitag auch von der Zweiten Kammer der gleiche Beschluß gefaßt werden, was aber infolge Beschlußunfähigkeit der Kammer unmöglich war. Der Gegenstand ist nunmehr auf die Tagesordnung der Montagssitzung der Zweiten Kammer gesetzt worden. Bei den Verhandlungen am Freitag teilte der Berichterstatter Abgeordneter Dr. Schanz mit, die Beschwerdedeputation habe von der Regierung nachträglich die Erklärung erhalten, daß die Firma nicht mehr Eigentümerin des betr. Areals sei, daß sie dies vielmehr zu dem dreifachen Preise, zu dem sie es selbst erworben, an eine Aktiengesellschaft verkauft habe. Daher habe die Entscheidung der Kreishauptmannschaft Leipzig die Firma Eismann & Stockmann in Colditz in ihren Erwerbsverhältnissen nicht geschädigt. Die genannte Firma hat aber an den Abg. Dr. Zöphel, der sich ihrer Angelegenheit in der Kammer sehr annahm, ein Schreiben gerichtet, worin sie feststellt, daß sie nach wie vor Eigentümerin der betr. Grundstücke ist, und daß es sich bei jener entgegengesetzten Mitteilung der Regierung höchstens um ein Gerücht handle, das geeignet sei, die Verhandlungen im Landtag in einem der Firma ungünstigen Sinne zu beeinflussen. Wie wir vom Abg. Dr. Zöphel erfahren, wird er am Montag in der Kammer diese seltsame Geschichte zur Sprache bringen und von der Regierung Aufklärung fordern. Auf die Antwort der Regierung darf man einigermaßen gespannt sein.

*

* **Gouverneur Solf über eine samoanische Anleihe.** Wie der „Inf." aus Apia mitgeteilt wird, hat sich Gouverneur Solf, der Ende November mit seiner Gattin in Apia eingetroffen ist, dahin geäußert, daß er im Jahre 1910 eine Anleihe von mehreren Millionen Mark aufzunehmen beabsichtige. Diese Ankündigung ist in den Kreisen Apias mit besonderer Genugtuung aufgenommen worden. Der Gouverneur stellt in Aussicht, daß von der Anleihe die Kosten für den Ausbau des Wegenetzes, ferner die Errichtung eines neuen Zollamtes, sowie vor allem einer Werft bestritten werden sollen. Was den Bau einer Werft anbetrifft, so ist man sich in Apia darüber einig, daß dies eine Notwendigkeit ist, wodurch Experteure und Importeure jährlich tausende von Mark und viel wertvolle Zeit sparen werden. Die Einfuhr Samoas hat in den letzten 10 Jahren andauernd zugenommen, und auch die Ausfuhr dürfte in wenigen Jahren einen solchen Umfang annehmen, daß das Verladen mit dem gegenwärtigen Leichtersystem in der kurzen Zeit, während welcher die Dampfer hier liegen, kaum bewältigt werden kann. Außerdem hat sich der Schiffsverkehr durch das regelmäßige Anlaufen der Dampfer der „Australian Mail Line" geradezu verdoppelt. Durch diese Tatsachen wird das Fehlen einer Werftanlage immer mehr empfunden. Tatsächlich ist Apia der einzige bedeutendere Hafen in der westlichen Südsee, der keine Werft besitzt. Man rechnet damit, daß die Werftanlage etwa 600 000 ℳ kosten wird, welche Summe durch einen angemessenen Wertzoll wieder eingebracht werden könnte.

* **Zum Fall Schücking.** An unterrichteter Stelle wird der „Inf." mitgeteilt, daß die Entscheidung des Regierungspräsidenten bezüglich des Entlassungsgesuches des Bürgermeisters Schücking aus den Diensten der Stadt Husum vor kurzem erfolgt ist, ohne daß dieser seinen Bescheid an den Bürgermeister von der vorherigen Zurücknahme seiner Berufung gegen das bekannte Urteil abhängig gemacht hätte. Die Entscheidung hat mit einer derartigen Bedingung nichts zu tun gehabt und verfügt die Genehmigung der beantragten Entlassung.

* **Das Projekt der Errichtung einer chemischen Reichsanstalt** ist, wie wir hören, insofern in ein neues Stadium getreten, als die Interessenten der chemischen Industrie inzwischen den Plan fertig ausgearbeitet und dem Reichsamt des Innern übermittelt haben. Die Industrie ist zwar zur Aufbringung nicht unbedeutender Beiträge bereit, erwartet aber vom Reiche gleichfalls eine namhafte jährliche Unterstützung. Ob und in welchem Umfange diese gewährt werden kann, wird nunmehr vom Reichsamt des Innern im Benehmen mit der Reichsfinanzverwaltung erwogen werden. Jedenfalls soll auch beim Inkrafttreten des Reiches dem Institute der Charakter einer freien wissenschaftlichen Anstalt gewahrt bleiben.

* **Die Zulassung französischer Jäger in Baden** ist aus Anlaß des Falles des Grafen Pourtalès in verschiedenen Preßäußerungen neuerdings wieder so behandelt worden, als ob das Einschreiten der badischen Behörden unter Gesichtspunkten der Landesregierung zu wünschen übrig gelassen hätte. Demgegenüber weist die „Süddeutsche Reichskorrespondenz" darauf hin, daß die badischen Behörden, wie von berufener Seite wiederholt hervorgehoben wurde, in allen die Landesverteidigung berührenden Fragen und zu jeder Zeit in engster Fühlung und Uebereinstimmung mit den zuständigen militärischen Behörden gehandelt haben; sie werden dies auch in Zukunft tun, so daß es eines Drängens von unberufener Seite zur Sicherung der Landesverteidigung nicht bedarf.

* **Der Ausführungszwang im deutschen und amerikanischen Patentgesetze.** Wie die „Berl. Univ.-Korr." hört, entspricht es den Tatsachen, daß zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika Verhandlungen schweben, die den Ausführungszwang in der beiderseitigen Patentgesetzgebung betreffen. Es ist aber eine böswillige Erfindung, wenn englische Blätter melden, daß die Verhandlungen eine feindselige Spitze gegen das englische Patentgesetz enthalten. Die Verhandlungen, die übrigens bisher über den ersten Meinungsaustausch der beiden Regierungen nicht hinausgekommen sind, haben kein anderes Ziel, als den Angehörigen beider Nationen eine einheitliche Behandlung bezüglich des Ausführungszwanges zu gewährleisten.

* **Grubenkontrolleure und schwarze Listen.** Wie wir erfahren, werden zu den Konferenzen über die schwarzen Listen der Bergleute, die dieser Tage in Berlin im Ministerium beginnen, auch die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hue und Sachse, die Führer des sozialdemokratischen Bergarbeiter-Verbandes, zugezogen werden. — Von der vom Minister Delbrück einberufenen Konferenz über die Arbeiterkontrolleure sind auch Verbandsmitglieder zugezogen. Es werden also zwei verschiedene Konferenzen, die eine vom Reich, die andere speziell von Preußen, veranstaltet.

* **Nationalliberale Partei und Beamtenschaft.** Auf besonderen Wunsch veröffentlichen wir folgenden, schon einige Tage zurückliegenden Artikel der „Natlib. Korresp.": „Wir haben vor einiger Zeit im Anschluß an das unqualifizierbare Auftreten des Herrn Moeren auf einer Berliner Postbeamtenversammlung ein paar Bemerkungen allgemeiner Natur gemacht über die heiße Leidenschaftlichkeit, mit der die Besoldungsfragen hier und da in Beamtenkreisen traktiert wurden und bei der Gelegenheit gemeint: man sollte, so berechtigt die Klagen über den Notstand seien und so dringend wirksamer Abhilfe bedürftig, immerhin nicht übersehen, daß leider auch die Steuerkraft des Volkes nicht unerschöpflich sei. Diese Bemerkungen sind vielfach mißverstanden worden und unsere guten Freunde in der Zentrumspresse haben sogar von einem angeblichen „nationalliberalen Scharfmachertum" gefabelt, das sich gegen die mittleren Postbeamten kehre und dem der Abg. Beck „in seiner Beamtenfreundlichkeit offenbar zu weit gegangen sei". Demgegenüber ist festzustellen, daß unsere damaligen Ausführungen sich überhaupt nicht auf eine bestimmte Beamtenkategorie bezogen. Man wolle sich freundlichst erinnern, daß zu gleicher Zeit und in erheblich weiterem Umfang auch in Preußen Besoldungsfragen zur Diskussion standen; daß auch dort neben viel Berechtigtem und Verständlichem sich manche Wünsche hervorwagten, denen mit Rücksicht auf das Ganze keine Erfüllung werden konnte. Diese Beobachtungen und die hinreichende Ueberheblichkeit gewisser Preßorgane, die sich geräuschvoll als die einzigen und allein echten Sachwalter der Beamten zu insinuieren pflegen, haben uns damals jene kritischen Randglossen in die Feder gezwungen. Es waren Mahnungen zur Freude, zur Beschwichtigung; nichts weiter. Daraufhin von einem nationalliberalen Scharfmachertum zu reden, das den Beamten unfreundlich gesinnt sei, ist (wenn es nicht mehr ist) vollendete Torheit. Eben erst hat die nationalliberale Fraktion bei den Kommissionsberatungen des preußischen Abgeordnetenhauses bewiesen, daß sie gewillt ist, den Wünschen der Beamtenschaft, soweit es irgend möglich ist, entgegen zu kommen. Sie wird den gleichen Beweis der Beamtenfreundlichkeit nach Neujahr auch im Reichstage erbringen. Insbesondere die Postbeamten werden, wie wir zu wissen glauben, nicht zu klagen brauchen. Der Abg. Beck hat es im Einverständnis mit allen seinen politischen Freunden in seiner Rede am vorletzten Tage der Etatsberatung ja bereits angedeutet: im einzelnen würde über die Vorlage hinauszugehen sein. Das ist den Beamten vor Jahr und Tag zugesagt worden und diese Versprechungen wird man auch halten. Die nationalliberale Partei wird nicht zurücksteben, wenn es die Mitarbeit an dem sozialen Vorwärtskommen der Beamtenschaft gilt."

* **Ueber die Tätigkeit der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer** ist dem Reichstag ein Bericht für die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 1. Oktober 1908 zugegangen. Die Zentralauskunftsstelle hat in dieser Zeit 9647 Auskünfte erteilt gegen 7469 im vorangegangenen Jahre. Somit hat die Tätigkeit der Auskunftsstelle im Vergleich zum Vorjahre, in dem eine außerordentliche Zunahme der erteilten Auskünfte (um 135 Prozent) zu verzeichnen war, eine weitere erhebliche Ausdehnung genommen. Im Vergleich zu dem Jahre 1905/06 hat sich die Zahl der schriftlichen Auskünfte nahezu verdreifacht, die der mündlichen aber mehr als vervierfacht. Diese erhebliche Steigerung der Inanspruchnahme der Zentralauskunftsstelle darf als Beweis für das immer mehr wachsende Vertrauen der Auswanderungslustigen angesehen werden. Unter den Auswanderungslustigen ist die Altersklasse von 20 bis 30 Jahren weitaus am stärksten vertreten, da auf sie nicht weniger als 65 Prozent entfallen. Dann folgt die Altersklasse von 30 bis 40 Jahren, während für die höheren Altersstufen die Ziffern rasch abnehmen. Ueber 50 Jahre alt waren nur 91, während unter 20 Jahren 710 Auswanderungslustige sich meldeten. Nach der Berufsangehörigkeit waren nicht wie bisher die Kaufleute, sondern die Handwerker mit 2178 (gegen 1235 im Vorjahre) am zahlreichsten vertreten, und unter diesen wieder die Schlosser am stärksten beteiligt. An zweiter Stelle folgten die Kaufleute mit 1808, dann die Landwirte mit 1378. Am geringsten die Aerzte mit 41. 616 Anfragen rührten von Frauen und Mädchen her, darunter meistens Dienstboten. Was die Herkunft der Anfragenden betrifft, so stand Preußen mit 6000 an der Spitze, dann folgten das Königreich Sachsen, Bayern, Hamburg, Württemberg, Baden und Hessen. Von den Anfragen bezogen sich 11 189 auf die deutschen Kolonien, denen sich das Interesse der Auswanderungslustigen in erster Linie zuwendet. An erster Stelle stand unter den deutschen Schutzgebieten Deutsch-Südwestafrika mit 4381 Anfragen. 191 der Anfragenden verfügten über die Mittel zur Niederlassung in einer Kleinsiedelung und 213 über das zum Farmbetrieb erforderliche Kapital. Von den letzteren besaßen 33 mehr als 50 000 ℳ, 10 100 000—150 000 ℳ, 2 sogar 450 000 ℳ. Unter den fremden Auswanderungsgebieten stand wie im Vorjahre Argentinien voran, dann folgten Südbrasilien und die Vereinigten Staaten. Die Zahl der Zweig-Auskunftsstellen belief sich am Schlusse des Berichtsjahres auf 52, neu errichtet wurde die Zweig-Auskunftsstelle Allenstein.

* **Neue Zahlen über das katholische Ordenswesen.** Eine höchst bedeutsame vergleichende Studie zur Entwicklung des katholischen Ordenswesens bringt eine der letzten Flugschriften des Evangelischen Bundes von Pastor Paul Pollack-Groitzsch (erschienen 1909, Verlag des Ev. Bundes, Halle a. S., im Buchhandel erhältlich für 50 Pf.). Die Untersuchung kommt unter Zugrundelegung der 1866 erschienenen Statistik von Joh. Friedr. Schulte, des 1908 herausgekommenen „Kirchlichen Handbuches" des Jesuiten H. A. Krose und verschiedener Diözesanschematismen zu folgenden überraschenden Ergebnissen. Innerhalb der letzten vierzig Jahre, von Schulte bis Krose, stieg die Seelenzahl der Katholiken in Deutschland von 12 489 371 auf 22 094 492, d. h. um 77 Prozent. Die Zahl der Ordensniederlassungen aber stieg von 996 auf 5211, d. h. um 423 Prozent, die Zahl der Ordenspersonen von 9735 auf rund 60 000, also um 516 Prozent. Die Vermehrung war nicht überall gleichmäßig; die Verhältniszahl der Ordenspersonen zur katholischen Bevölkerung stieg in ein und demselben Zeitraum z. B. in den Diözesen Kulm und Gnesen von 2 auf 3, in Breslau von 2 auf 9, in Freiburg (Baden) von 2 auf 15 und in Rottenburg (Württemberg) von 2 auf 31. „Zufällig" wird das nicht sein. Das entwickeltste Ordensland ist übrigens Elsaß-Lothringen. Es kommt in der Diözese Straßburg eine Ordensperson auf je 235, in der Diözese Metz auf je 183 Katholiken; in ersterer Diözese ist jede 66., in letzterer jede 47. erwachsene Katholikin Ordensschwester. Im Fürstbistum Breslau ist dagegen erst jede 152. Katholikin Ordensschwester. Schließlich noch ein paar Zahlen über das Bedürfnis an krankenpflegenden Orden. In Dresden verpflegten die Grauen Schwestern des Josephsstifts unter 613 Verpflegten 94 Katholiken, d. h. 15 Prozent. In mehr katholischen Ländern tritt dafür aber die Krankenpflege zurück hinter Unterricht und Erziehung; so dienen diesen Zwecken in Bayern 505 Niederlassungen, jenen nur 573. Alles in allem ersieht man aus der zur Anschaffung dringend zu empfehlenden Pollackschen Schrift, daß das Deutsche Reich den Wünschen der katholischen Kirche am Ende des 19. Jahrhunderts recht ausgiebig entgegengekommen ist. Zu Klagen liegt wahrhaftig kein Anlaß vor, eher könnte man meinen, für die Verklösterung der deutschen Kultur sei nun so viel getan, daß im 20. Jahrhundert nichts mehr zu tun übrigbleibe. Aber es ist ja die Zeit, daß das Zentrum schon wieder an die Reichspforte pocht, um als Vaterlandsretter aufzutreten und neuen Klosterlegen vorzubereiten.

* **Kriegsschiffbauten am Jahresanfang.** Zu Beginn des Jahres 1909 befinden sich an Kriegsschiffen auf Stapel: die drei Linienschiffe „Ersatz Oldenburg", „Ersatz Siegfried" und „Ersatz Beowulf"; die beiden Panzerkreuzer „F" und „G"; die kleinen Kreuzer „Ersatz Jagd", „Ersatz Schwalbe" und „Ersatz Sperber", das Flußkanonenboot „C" und 11 Hochseetorpedoboote, außerdem 6 Unterseeboote. Bis auf einige der großen Schiffe, die im Bau noch zurück sind, werden voraussichtlich alle im Laufe dieses Jahres zu Wasser gebracht werden, zuerst die kleinen und gegen den Schluß des Jahres die großen Schiffe. Die kaiserlichen Werften sind nur in ganz verschwindendem Umfange an dem Bau neuer Schiffe beteiligt, da die Marineverwaltung mit Rücksicht auf die ungünstige Geschäftslage fast alle Neubauten an die Privatwerften vergeben hat, um größeren Arbeiterentlassungen, die sonst unvermeidlich gewesen wären, vorzubeugen. Die kaiserlichen Werften sind durch eine ganze Anzahl notwendig gewordener Um- und Modernisierungsarbeiten von Kriegsschiffen in Anspruch genommen, haben außerdem während der Wintermonate umfangreiche Instandsetzungsarbeiten auszuführen.

* **Die Wahlrechtsfrage in Preußen.** Der erneute Antrag der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft auf Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen soll, wie die parteioffiziöse „Lib. Corr." mitteilt, in der zweiten Sitzung nach den Ferien, am Mittwoch, den 13. Januar auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gesetzt werden.

* **Denkschrift über die Schutzgebiete.** Dem Reichstage ist eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete, des Schutzgebiets Neu-Guinea, der Verwaltung der Karolinen, Palau-, Marianen- und Marshallinseln sowie des Schutzgebiets Samoa für das Rechnungsjahr 1906 zugegangen mit dem Ersuchen, die darin nachgewiesenen Etatüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben zu genehmigen. Für die Zentralverwaltung von Deutsch-Ostafrika ist der Etatansatz um mehr als 100 000 ℳ überschritten worden, der Etatansatz für Bureaubedürfnisse um mehr als 10 000 ℳ und schließlich der Etatansatz für die Rechtspflege um 34 000 ℳ. Zur Begründung der ersten Ueberschreitung führt die Regierung an, daß das ständige Personal für die Bedürfnisse der Verwaltung zu knapp bemessen war, so daß für eine ganze Anzahl von dauernd erforderlichen Beamten die Kosten aus dem Fonds für außerordentliche Hilfskräfte und Stellvertretungen bestritten werden mußten. Die Mehrausgaben für Bureaumaterialien führt die Regierung darauf zurück, daß die Bestände infolge des Aufstandes derart geräumt waren, daß bei vielen Dienststellen außergewöhnlich große Neuanschaffungen notwendig waren. Die Ueberschreitung des Etatansatzes für die Rechtspflege findet ihre Erklärung darin, daß infolge der Nachwirkung des Aufstandes die Gefängnisse in den von den Unruhen betroffenen Bezirken andauernd weit über den Durchschnitt früherer Jahre belegt waren. Außerdem war in den Bezirksstädten der Küste eine Preissteigerung der Lebensmittel eingetreten, die die Verpflegung der Gefangenen bedeutend verteuerte. Zu Belohnungen für Ergreifung von Rädelsführern aus dem Aufstande sowie für Ablieferung von aufgefundenen oder erbeuteten Waffen waren ebenso wie zur Belohnung von treugebliebenen Jumben noch besondere Aufwendungen notwendig. Sie betragen rund 12 000 ℳ. Außerdem mußte an der Grenze des Schutzgebiets eine Kontrolle eingeführt werden, um den Waffenschmuggel nach Möglichkeit zu verhüten. Erhebliche Mehraufwendungen sind weiter für eine Expedition behufs Feststellung zur Grenze gegen Uganda und Britisch-Ostafrika, für den Umbau des Dampfers „Hedwig von Wissmann", für eine Verstärkung der Schutztruppe und für Beihilfen aus Anlaß von Verlusten infolge des Eingeborenenaufstandes gemacht worden. Für Kamerun war aus politischen Gründen nach Ansicht der Regierung die Verstärkung der im Sanga-Ngoko-Gebiet stationierten Polizeitruppe mit europäischem Personal geboten, worauf eine Mehrausgabe von 33 500 ℳ zurückzuführen ist. Die Mehrausgaben für farbiges Personal betrugen fast 60 000 ℳ, die sich daraus erklären, daß eine planmäßige Werbung eingerichtet wurde, um das eingeborene Soldatenmaterial auf etatmäßigen Sollbestand zu bringen. Der Etatansatz für Frachtkosten und Botenlöhne ist um 168 295 ℳ überschritten worden. Die Regierung weist zur Begründung auf die in den Tschadseländern ausgebrochene Pockenepidemie hin, zu deren Bekämpfung erhebliche Mittel notwendig waren. Für das Schutzgebiet Togo sind zur Bekämpfung des Gelbfiebers und für Quarantänemaßnahmen mehr Aufwendungen in Höhe von 28 000 ℳ gemacht worden. Relativ geringe Mehraufwendungen sind bei Südwestafrika zu verzeichnen, insgesamt 450 000 ℳ. Die Mehraufwendungen für Neu-Guinea, die Karolinen und Samoa sind entsprechend niedriger.

* **Telegraphenbau in Deutsch-Afrika.** Auch im Jahre 1908 hat der Ausbau der Telegraphenlinien in den deutschen Schutzgebieten Afrikas gute Fortschritte gemacht. Allein Südwestafrika hat elf neue Telegraphenanstalten erhalten. Die im Jahre 1906 begonnene, 366 km lange Linie Lüderitzbucht—Aus—Keetmanshoop und die 342 km lange Linie Keetmanshoop—Warmbad—Ramansrift sind vollendet worden. Es kann jetzt nur noch eine Frage von finanzieller Bedeutung sein, wann die westafrikanischen Kolonien im Anschluß an das geplante Kabel einen von fremden Verbindungen unabhängigen Kabelanschluß nach Deutschland erhalten. Der Fernsprechverkehr ist durch die Schaffung neuer weiterer Ortsfernsprechnetze erheblich erweitert worden. Davon entfallen fünf auf Südwestafrika, drei auf Kamerun und eins auf Ostafrika. Das kommende Jahr wird in Verbindung mit dem Ausbau der Eisenbahnen eine weitere Entwicklung der Telegraphenlinien bringen.

* **Bei der Togo-Hinterlandbahn** sind, wie das „Amtsblatt für Togo" mitteilt, Ende November 9 Stämme mit 1500 Arbeitern in Tätigkeit gewesen. 1250 der Arbeiter sind vom Gouvernement gestellt; ihre Verpflegung mit Lebensmitteln und Wasser hat bisher keine Schwierigkeit bereitet. Bei km 23 wurde in einem die Bahn kreuzenden Höhenzuge Quarzkies angetroffen, der sich anscheinend sowohl für Bettungsmaterial als zur Herstellung von Beton eignet; nähere Untersuchungen hierüber sowie über die Mächtigkeit der Kieslager sind im Gange.

* **Erhebung einer „Wohnungssteuer" in Kamerun.** Wie die „Inf." von unterrichteter kolonialer Seite erfährt, hat der Gouverneur von Kamerun jetzt eine neue Verordnung erlassen, die sich auf die Erhebung einer Wohnungssteuer bezieht, während gleichzeitig die Kopfsteuer in Duala abgeschafft wird. Danach wird in den Orten mit einer Kommunalverwaltung die Behausung von Weißen mit 20 ℳ besteuert, während an anderen Orten nur 10 ℳ Steuer erhoben werden. In allen anderen Fällen werden 12 bezüglich 6 ℳ erhoben. Dies bezieht sich also auf die Wohnungen der Eingeborenen. Die Behausungen, die Eigentum des Fiskus sind, nur dem Gottesdienst oder Erziehungs- und Unterrichtszwecken und farbigen Missionslehrern dienen, die ferner für sanitäre Zwecke gebraucht werden und als Wohnung für Diener und Arbeiter auf Grundstücken der Arbeitgeber anzusehen sind, sind steuerfrei. Auch die Häuptlinge erhalten einen Teil der Steuerbeträge, die von Farbigen eingehen. Wenn die ganze Steuer am festgesetzten Tage in bar eingeliefert wird, erhält der sie abliefernde Häuptling 10 Proz., in anderen Fällen 5 Proz. Der Anteil wird ihm sofort bei der Ablieferung ausbezahlt.

# Ausland.

## Oesterreich-Ungarn.

* **Die Verfassung für Bosnien.** Wie die Wiener „Zeit" meldet, wird die Verfassung für Bosnien und die Herzegowina voraussichtlich zum Frühjahr erlassen werden. Die ersten Landtagswahlen finden im Mai oder Juni statt. Die Eröffnung des Landtages ist für den Sommer in Aussicht genommen.

## Norwegen.

* **Ein Aufruf.** Aus Christiania, 9. Januar, wird gemeldet: Alle bedeutenden norwegischen Zeitungen veröffentlichen heute einen Aufruf des gestern hier gegründeten Landesvereins mit der Devise „Für Freiheit und Kultur gegen Verbot und Zwangspolitik". Der Aufruf ist unterzeichnet von 700 Angehörigen aller Parteien, darunter 70 Aerzten, und fordert zur Bildung von Lokalvereinen gegen die zuweilgehende Abstinenzbewegung auf.

## Rußland.

* **Das finnische Problem.** Aus Petersburg, 8. Januar, wird uns von unserem Korrespondenten geschrieben: Es haben sich Gerüchte verbreitet, daß die Festung von Sweaborg nach Helsingfors verlegt und die finnische Hauptstadt von allen Seiten verschanzt werden soll. Die antifinnischen Preßstimmen suchen dies Gerücht aufzubauschen und es zu einem Signal für neue Angriffe auszubeuten. Demgegenüber warnt der Politiker Protopopow die Gesellschaft, offiziellen und halboffiziellen Einflüsterungen Gehör zu schenken. Was wollen wir von Finnland? fragt er, wer kann den Gedanken ernstlich nehmen, daß Rußland eine Revanche für Port Arthur zu fordern habe! So wie wir, machte Finnland Zuckungen in den Revolutionsjahren von 1905 an durch und jenes Ereignis war eine Folgeerscheinung derselben. Das kleine Land hat rasch wieder sein kulturell und wirtschaftlich hohes Niveau eingenommen und fragt nicht mehr viel nach der Zentralverwaltung, die besser tut, sich weniger um das geordnete, friedfertige Finnland zu kümmern. Es war von jeher ein Fehler unserer Regierung, das hochentwickelte Finnland wie eine ihrer mittelasiatischen Besitzungen zu behandeln und die Nationeigentümlichkeiten der Finnen zu verkennen, die gerade in einem unbeugsamen Rechtsgefühl wurzeln. Daher sammelte sich in ihrem Herzen der Haß gegen den politischen und polizeilichen Bedrücker. Sie sind jedoch zu sehr Realpolitiker, um sich nicht zu einem Kompromiß zu verstehen, für den gegenwärtig vielleicht mehr als je der Augenblick günstig erscheint. Das ist auch die Ansicht des Generalgouverneurs von Finnland, der jetzt die Regulierung der Gesetze dort beantragt, weil die Verhältnisse klarlegen und keine Gerechtigkeit zu verwirren ist. Von den 8000 Russen, die dort leben, können sich weder Arbeiter, Industrielle, noch Offiziere über irgend eine Einengung beklagen. Unsere Kaufleute machen dort einen Jahresumsatz von 40 Millionen Rubel und erneuern stets gern ihre finnischen Beziehungen, ebenso wie unsere Tausende Bewohner sich jedes Jahr wieder in Massen nach der finnischen Küste begeben. Wem zu Nutz und Frommen wäre also eine erneute finnische Hetzbewegung, die nur die Bevölkerung dort gegen die russische Regierung erbittern würde! Im Gegenteil, halten wir doch wenigstens einen zuverlässigen Frieden mit unserm engsten Nachbar und Staatsangehörigen, während der internationale Horizont sich mit drohenden Wolken bedeckt, die für Rußland von einschneidenden Erschütterungen begleitet sein können. Es ist nicht nur leichtsinnig, sondern unbesonnen und gefährlich, uns neue Feinde aus den kaum versöhnten finnischen Elementen zu machen!

## Rumänien.

* **Sturdzas Rücktritt.** Zu dem bereits gemeldeten Rücktritt des Ministerpräsidenten Sturdza ist noch zu berichten: Sturdzas großes Verdienst um den Staat besteht darin, daß er nach der Bauernrevolution des Jahres 1907 eine großzügige Agrargesetzgebung zur Durchführung brachte, die weitere Gefährdungen einer gesunden Entwicklung Rumäniens abschnitt. Er war auch der Reorganisator des Finanzwesens, wie des Heeres. Ein wirklich liberaler Staatsmann, der bis zu seinen fünfundsiebzigsten Lebensjahre ein rastloser Arbeiter gewesen ist.

## Persien.

* **Afghanische Invasion.** Der Londoner „Daily Mail" wird aus Teheran telegraphiert, daß ziemlich sicheren Gerüchten zufolge 6000 Afghanen die Grenze von Persien bei Seistan überschritten haben. Da sie sechs Geschütze mit sich führen, so kann diese Grenzüberschreitung nicht als einer der dort üblichen Ueberfälle auf persische Dörfer durch Afghanen angesehen werden.

## Amerika.

* **Die Zivilliste des Präsidenten.** Aus New York schreibt uns unser J.-Korrespondent: Der Finanzausschuß des Bundessenats der Vereinigten Staaten von Amerika hat sich dafür ausgesprochen, die Zivilliste des Präsidenten von 200 000 ℳ auf 400 000 ℳ zu erhöhen. Ebenso sollen die Bezüge des Vize-